

Verlag: C. W. Neumann, Neudamm 17, Berlin 17.
Verlag: C. W. Neumann, Neudamm 17, Berlin 17.

Freitag, den 16. Dezember 1932

Verlagsort: Dresden

Anzeigenpreise: Die Ispaltene Zeile 20 J. Die Doppeltzeile 30 mm.
Preis 1 M. für Anzeigen außerhalb des Reiches 40 J.

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania, Neudamm 17, Berlin 17.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Neudamm 17, Berlin 17.

Preußenfrage endgültig verlag

Die Deutschnationalen lehnen Mitwirkung ab, solange NSDAP in Opposition bleibt

Ein Korb für Kerrl

vdj. Berlin, 15. Dezember.

Der Vorsitzende der deutschnationalen Landtagsfraktion, Dr. v. Winterfeld, hat, wie das Nachrichtenbüro des DZ, meldet, am Donnerstag dem Landtagspräsidenten Kerrl, der mit den Deutschnationalen über ihre Beteiligung an der Regierungsbildung verhandelt hatte, folgende Mitteilung zugehen lassen: „Die deutschnationale preußische Landtagsfraktion ist aus grundsätzlichen Erwägungen zu einer Beteiligung an der vorgeschlagenen Regierung in Preußen zurzeit nicht bereit.“

Die Frage der Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit dem Zentrum, mit dem Verhandlungen unsererseits nicht stattgefunden haben, braucht hier nicht erörtert zu werden; denn die Ablehnung der Regierungsbeteiligung muß schon deshalb erfolgen, weil wegen der grundsätzlichen Oppositionsstellung der NSDAP gegen das Reichskabinett nicht die Gewähr dafür gegeben ist, daß mit Bildung der geplanten preußischen Regierung kein neuer Gegensatz zwischen Reich und Preußen und kein neues verhängnisvolles Gegeneinander der Reichsregierung und der preußischen Regierung wieder in Erscheinung treten würde.“

Mit diesem Korb, den die Deutschnationalen dem preußischen Landtagspräsidenten Kerrl erteilt haben, ist die Lösung der Preußenfrage endgültig auf das neue Jahr verschoben worden. Der Versuch, unter Ausschaltung des Zentrums die Neuwahl des preußischen Ministerpräsidenten herbeizuführen, dürfte damit endgültig erledigt sein.

Will die NSDAP. Schleicher tolerieren?

München, 15. Dezember. (E. M.)

Zu den Beratungen im Haushaltsausschuß des Reichstages schreibt die Nationalsozialistische Korrespondenz, wenn der Nationalsozialist Reinhardt bestimmte Vorschläge gemacht habe, so sei dies lediglich geschehen, um der furchtbaren Not der Arbeitnehmermassen zu steuern und unter Ablehnung einer strengen Verneinung Wege zur Behebung dieses Elends zu weisen. Hierdurch solle keineswegs dem Kabinett Schleicher „ein Ausweg aus der Situation“ gebahnt werden, es werde vielmehr jetzt der Reichsregierung Gelegenheit gegeben, die „sozialen Sünden ihrer Vorgängerinnen wieder aufzumachen“.

In welchem Maße dies geschehe, davon werde die Stellungnahme der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion im Januar abhängen.

Verweigere sich das Kabinett Schleicher dieser nationalen und sozialen Pflicht, dann werde allerdings die Entwicklung zur Auflösung des Reichstages führen. Alles andere seien Phantasien. Damit erledige sich auch die Kombination, die Nationalsozialisten würden, mit Hilfe des Reichstagspräsidenten Göring versuchen, die Tagung des Reichstages bis in den März hinein aufzuschieben, um auf diese Weise der Notwendigkeit einer Stellungnahme zur Regierung Schleicher entgehen zu sein.

Diese Verlautbarung des Organs der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion klingt zwar noch stolz genug, aber immerhin viel launter, als die bisherigen Äußerungen der NSDAP. Hier zum ersten Male wird die Bereitwilligkeit der Partei ausgesprochen dem Kabinett Schleicher eine Chance zu geben. Diese Einkehr bei der NSDAP, dürfte in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß die Parteiführung klar

erkennt, wie unerwünscht für die NSDAP Reichstagswahlen im Laufe des nächsten halben Jahres wären. Daneben dürfte bestimmend der Wunsch sein, sich alle Wege offen zu halten: Hat Schleicher Erfolg, dann wird man diesen Erfolg als Ergebnis der nationalsozialistischen Ratschläge in Anspruch nehmen. Hat er keinen Erfolg, dann wird man gegen ihn vorgehen mit der Parole, die Nichtbefolgung der Ratschläge Hitlers habe neues Elend über Deutschland heraufbeschworen . . .

Hitler organisiert seine Partei um

München, 15. Dezember. (E. M.) Die nationalsozialistische Korrespondenz veröffentlicht Äußerungen Adolf Hitlers über den Neuaufbau der politischen Organisation der NSDAP. U. a. wird „verlautet“: Die Abteilung für Volkserziehung, bisher in der Hauptabteilung 3 der politischen Organisation, wird von dieser gelöst und von jetzt ab der Reichspropagandaabteilung unterstellt. Die innerpolitische Abteilung, bisher in der Haupt-

abteilung 3 der politischen Organisation, wird aus dieser gelöst und der Rechtsabteilung der Reichsleitung zugewiesen. Der agrarpolitische Apparat der NSDAP, sowie die ihm angeschlossenen Abteilungen der Reichsleitung der NSDAP, werden aus der Reichsorganisationsleitung herausgenommen und Adolf Hitler unmittelbar unterstellt. Mit der Leitung beauftragt dieser den Parteigenossen H. Walter Tarré, dem künftig auch die gesamte agrarpolitische Presse der NSDAP, untersteht. Die Reichsinspektionen I und II werden in ihrer derzeitigen Form mit dem heutigen Tage aufgelöst. Statt ihrer werden die Landesinspektionen und Gauleiter mit den Posten von Kommissaren höherer Gebiete betraut.

Der Zweck dieser Anordnungen ist offenbar ein doppelter: Einmal soll die Organisation der NSDAP einheitlicher und schlagkräftiger gestaltet werden. Zum andern will Hitler offenbar die Eiferhüchteleien zwischen einzelnen seiner Unterführer ausschalten. Ob diese Veränderungen den langsamen Verfall der NSDAP aufhalten werden, bleibt abzuwarten. — Bemerkenswert ist die einflussreiche Stellung, die Herr Tarré erhält. Dieser Mann ist der Schöpfer des fabelhaften Planes, die in der Tierzucht gemachten Erfahrungen (Einkleinerungen in Zuchtkäfigen) auf das deutsche Volk anzuwenden und damit der „Höherzüchtung der Rasse“ zu dienen . . .

Amerika ignoriert . . .

Keine besondere Antwort an die Zahlungsverweigerer

Washington, 15. Dezember. (Reuter.)

In gut unterrichteten Kreisen glaubt man, daß der Zahlungsvorzug Frankreichs, Belgiens und Polens wahrscheinlich einen starken Einfluß auf die Votsschaft über die Schuldenfrage ausüben werde, die der Präsident demnächst an den Kongress zu richten gedenkt. Man erwartet, daß in den nächsten 14 Tagen von allen Schuldneern einzeln an die Vereinigten Staaten gesandte Ersuchen um eine Revision der Kriegsschuldenregelung eingehen. Man nimmt an, daß die Wünsche derjenigen Länder, die die fällige Zahlung geleistet haben, vor denjenigen der in Zahlungsvorzug geratenen Staaten geprüft werden.

Paris, 15. Dezember.

Ueber die Aufnahme der französischen Zahlungsverweigerung in Amerika berichtet Havas aus Washington, daß die amerikanische Regierung sich darauf beschränken werde, die Tatsache der Zahlungsverweigerung durch Frankreich festzustellen, ohne jedoch besondere Maßnahmen zu ergreifen.

Gewisse Zeitungen hätten von der Möglichkeit der Abberufung des Botschafters oder von Handelsrepräsentanten gesprochen. Eine offizielle Persönlichkeit hat den Havas-Korrespondenten versichert, daß die Nachrichten der Begründung entbehren. Die amerikanische Regierung und politische Kreise seien zwar über die französische Zahlungsverweigerung bestürzt und verlegt, sie könne läßliche Folgen haben, weil sie die Regelung der Weltwirtschaftslage vereitle und für lange Zeit jede Verhandlung mit Frankreich über die Schulden und wahrscheinlich auch über anderes unterbreche. — Der Washingtoner Korrespondent des Petit Parisien schreibt:

In Amerika wachse die Feindseligkeit gegenüber Frankreich.

Eines der sichersten Ergebnisse der Zahlungsverweigerung werde sein, Frankreich auf längere Zeit der amerikanischen Sympathien auf allen Gebieten zu berauben.

Die Regierungsbildung in Frankreich

Paris, 15. Dezember.

Der Präsident der Republik hat gestern, wie berichtet, die Präsidenten der Kammer und des Senats empfangen. Es scheint, daß der von vielen Rechtsblättern zum Ausdruck gebrachte Gedanke der Schaffung einer nationalen Einigung vom Präsidenten der Republik vorläufig noch nicht erwogen worden ist. Im Eufsee ist man der Auffassung, daß das Kabinett Herriot über eine technische Frage gestürzt sei, so daß also keine Veranlassung vorliege, der neuen Regierung eine andere Grundlage zu geben, als die der gestürzten Regierung. Es wird daher angenommen, daß Präsident Lebrun heute nachmittag Herriot zu sich beruft, um ihm erneut die Kabinettsbildung anzubieten. Da der neue Ministerpräsident aber zu einem praktischen Ergebnis in der Zahlungsfrage gelangen muß, dürfte es wahrscheinlich sein,

daß Herriot, wenn er nicht eine neue Formel vorschlagen hat, das ihm angebotene Mandat nicht annehmen wird.

In diesem Falle müßte der Präsident der Republik einen radikalen Senator oder einen radikalen Abgeordneten mit der Neubildung der Regierung betrauen. Man nennt als Kandidaten Innenminister Chaumeys, den Minister für öffentliche Arbeiten Daladier, Kolonialminister Albert Sarraut, Agrarminister Paul Doumer, Senator Leger und Barthou.

Austritt Mexikos aus dem Völkerbund?

Wib. Genf, 15. Dezember. Mexiko hat eine Note an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichtet, in der mitgeteilt wird, daß Mexiko von der zweijährigen Kündigungsfrist vorsorglich Gebrauch mache, um eventuell sich wieder vom Völkerbund zurückziehen zu können. Zur Begründung werden die finanziellen Schwierigkeiten angegeben, die es als ungewiß erscheinen ließen, ob Mexiko künftig in der Lage sei, seinen Vertragsverpflichtungen nachzukommen.